Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewähr, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 97 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 26. April 1933

Mutter Erde.

Riesenhaft, Millionen und aber Millionen von Menschen umfassend war bis vor noch nicht allzu langer Zeit jene binnenländische „Völkerwanderung" in Deutschland, die man am besten durch das bekannte Wort „Zug in die Großstadt" bezeichnen darf. Nicht bloß Berlin, die Haupt- und Residenzstadt von einst, aber nach dem Kriege immer noch wenigstens Hauptstadt, wurde zu dem „Wasserkopf", wie ein Landtagsabgeordneter vor mehr als 50 Jahren sagte, sondern die rasend schnelle Industrieentwicklung ließ in Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland, Sachsen und Oberschlesien ganze Reviere von größeren und Großstädten entstehen. Die kleinere und mittlere Stadt, vor allem aber das flache Land lieferten die menschlichen Bausteine hierfür.

Denn dort gab es Arbeit, gab es die Möglichkeit, sich zu einer sogenannten „gehobeneren sozialen Stellung" emporzuarbeiten, durfte man weitergehende Ansprüche an die „Errungenschaften der Zivilisation" stellen. Dort gab es „Leben" und „Zerstreuung", gab es aber — ernsthafter gesehen — auch reichliche Gelegenheit, den Kindern zu einem besseren sozialen Fortkommen zu verhelfen. So mancher riß sich heraus aus den inneren und äußeren, aber natürlich gewachsenen und gegebenen Gebundenheiten des Dorfes oder der Kleinstadt, folgte dem „Zug in die Großstadt", um dort in der Einsamkeit der Steinwüsten oft zu spät zu bemerken, daß er nun auch den äußeren und inneren Halt verlor, den ihm die Erde der engeren und engsten Heimat immer wieder gegeben hatte. In dieser Erde sah er jetzt nur noch den — Lebensmittellieferanten, der ihm die Produkte zu billigsten Preisen zur Verfügung stellen sollte. Der „reine Konsumentenstandpunkt" in den großstädtischen Massen hat wirtschaftspolitisch — und mit Hilfe des demokratischen Prinzips in der Politik, das nur die Masse zählt und als maßgebend betrachtet — geradezu furchtbare Verheerungen angerichtet.

Es ist anders geworden, ganz anders, auch wieder nicht bloß etwa in Berlin, das im Laufe der letzten anderthalb Jahre rund 150 000 Menschen mehr durch Fortzug verloren hat, als nach dorthin zugewandert waren. Rund 150 000 Menschen, — das würde also allein schon genügen, anderthalb Großstädte zu füllen! Aber der größte Teil jener „Reize", die den „Zug in die Großstadt" verursachten, sind dort nicht mehr zu finden. Arbeitsgelegenheit gibt es schon längst nicht mehr; statt dessen ballen sich in den Großstädten und Industrierevieren die Riesenheere der Arbeitslosen zusammen, und rasch geht unter, wen heute noch eine vage Hoffnung auf Beschäftigung in „die Stadt" treibt. Es besteht dort nicht die geringste Möglichkeit mehr, sich oder seinen Kindern eine „bessere" soziale Existenz zu erarbeiten, sich in der Arbeit einen inneren und äußeren Halt wieder zu verschaffen, den man verlor, als man die Heimat, „das Land" verließ.

Mit dumpfem Drang geht es wieder hinaus. Der Schrei nach der Erde, nach der — Mutter Erde wird immer lauter. Und wenn es nur ein paar Quadratmeter Boden am Rande der Großstadt oder jenseits ihrer Grenze sind, die man unter den Füßen hat oder sich durch Arbeit zu seinem Eigenen machen kann! Es ist doch dann — sein eigen, ist die Mutter Erde, die verzeihend den Abtrünnigen wieder aufnimmt. Und wenn es nur weniges ist, was sie auf dem kleinen Raum gewähren kann, — es ist doch etwas! Ist etwas Erarbeitetes, und mag es auch längst nicht genug sein, des Lebens ärgste Notdurft zu stillen. Doch das ist nicht das Beste daran, sondern das ist, daß dieser Mensch wieder zu seiner Urmutter, der Erde, zurücksand, zurückgezwungen wurde durch ein hartes Schicksal.

So fegt dieses Schicksal die Menschen zu Tausenden und Hunderttausenden wieder aus der Großstadt heraus. Auch die Entwicklung in der Industrie, die heute die Arbeitgeberin für die Mehrzahl der deutschen Menschen sein sollte, verlangt nicht mehr so energisch wie früher die Zusammenballung in den Großstädten. Nicht mehr so unbedingt wie früher ist der industrielle Betrieb aus Kostenrücksichten gezwungen, möglichst nahe z. B. dem Kohlengebiet zu liegen; denn leicht und unter geringen Kosten überwindet die elektrische Kraft oder die Ferngasversorgung den Raum und die Entfernung, macht das Auto den An- und Abtransport der Waren und Leistungen unabhängiger von Eisenbahn- oder Kanalanschluß.

In den Großstädten aber veröden ganze Straßenzüge, besteht trotzdem bittere Wohnungsnot, doch nur bei den kleinen und kleinsten Wohnungen. Und wer etwa noch hereinzog, in der Hoffnung, dort z. B. einen kleinen Handel anzufangen, wird an der Unzahl leerstehender Läden sehr bald erkennen, wie furchtbar die Krise auch dem kaufmännischen, nicht zuletzt aber auch dem gewerblichen Mittelstand mitgespielt hat. Nein, gerade in den Großstädten hat das Handwerk schon längst keinen goldenen Boden mehr, nicht einmal einen silbernen.

Und so hat denn wieder eine binnenländische Völkerwanderung eingesetzt, aber eine solche: Heraus aus der Großstadt! Zurück aufs Land, zurück zur Mutter Erde! Langsam geht es damit vorwärts, aber das Drängen ist mächtig geworden. Die Großstadt hat ihre letzten, fahlgewordenen Reize verloren, und Hunderttausende kehrten ihr den Rücken.

Weil diese Menschen zurückstreben nach ihrer wahren, letzten und ersten Heimat, der Erde! Der deutschen Erde!

Wichtige Beschlüsse des Reichskabinetts

Die Sitzung des Reichskabinetts.

Chefbesprechung über die Arbeitslosenhilfe.

Das Reichskabinett hielt am Dienstag eine Sitzung ab, die sich bis in die späten Abendstunden erstreckte. Zuvor hatte eine Chefbesprechung über die Neugestaltung der Arbeitslosenhilfe stattgefunden. Anschließend daran hatten Vizekanzler von Papen und Reichsminister Göring über ihre Reise nach Rom auf einer Ministerbesprechung Bericht erstattet. Außerdem wurden innerpolitische Fragen besprochen.

*

Gesetz gegen die Überfremdung der Schulen und Hochschulen verabschiedet.

In der Sitzung des Reichskabinetts, die bis gegen 22 Uhr dauerte, wurde das Gesetz gegen die Überfremdung deutscher Schulen und Hochschulen verabschiedet.

Dieses Gesetz sieht vor, daß bei allen Schulen und Hochschulen die Zahl der Schüler und Studenten soweit zu beschränken ist, daß die gründliche Ausbildung gesichert und dem Bedarf der Berufe genügt ist. Bei Neuaufnahmen ist darauf zu achten, daß die Zahl der Reichsdeutschen, die im Sinne des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 nichtarischer Abstammung sind, unter der Gesamtheit der Besucher jeder Schule oder Fakultät den Anteil der Nichtarier an der reichsdeutschen Bevölkerung nicht übersteigt.

Die Anteilszahl wird einheitlich für das ganze Reichsgebiet festgesetzt. In erster Linie sind im Rahmen dieser Anteilszahl diejenigen Reichsdeutschen nichtarischer Abstammung aufzunehmen oder zu belassen, deren Väter im Weltkrieg an der Front für das deutsche Reich oder seine Verbündeten gekämpft haben. Kinder, bei denen ein Eltern- oder Großelternteil arischer Abstammung ist, fallen bei diesem Gesetz nicht unter den Begriff nichtarisch, sofern sie aus Ehen stammen, die vor Erlaß dieses Gesetzes geschlossen sind. Ausgeschlossen von allen Schulen und Hochschulen sollen die Kinder von Juden sein, die nach dem 1. August 1914 aus dem Osten eingewandert sind.

Ferner verabschiedete das Reichskabinett ein Gesetz zur Änderung des Reichsstatthaltergesetzes, einen Gesetzentwurf über die Höhe der Aufbringungsumlagen von 1933 bis 1936 (Industrieumlagegesetz), ein Gesetz, wonach ein Schuldner grundsätzlich zum Zwangsverwalter bestimmt werden kann. Dieses Gesetz bezieht sich auf landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe. Weiter wurden ein Gesetzentwurf über den Verkehr mit Vieh und Fleisch sowie ein weiterer Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gebühren für Schlachtviehhäuser, Fleischgroßmärkte und Schlachtviehmärkte verabschiedet. Ferner ist die Kreditaktion für Konsumgenossenschaften nicht mehr fortzuführen.

Konferenz der Innenminister.

über Beamten- und Polizeifragen.

Im Reichsministerium des Innern begann die Konferenz der Innenminister der Länder unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Frick. Einleitend berichtete der Reichsinnenminister über das Beamtengesetz, worauf der preußische Ministerpräsident Göring die Gesichtspunkte entwickelte, nach denen das Gesetz in Preußen angewendet werden soll. Nach der Aussprache fand eine interne Besprechung über Polizeifragen statt.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen ist in der ersten Aprilhälfte weiter gesunken. Sie verminderte sich um rund 69 000 auf rund 5 530 000. Vom Höchststand der winterlichen Arbeitslosigkeit ist bis Mitte April eine Entlastung um rund 518 000 oder um 8,6 Prozent eingetreten gegenüber einer vorjährigen Entlastung von nur 195 000 oder 3,2 Prozent. Die Stärke des bisherigen arbeitsmarktlichen Auftriebes geht auch daraus hervor, daß nach den Ergebnissen der Krankenkassenmitgliederstatistik für den gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um 600 000 zugenommen hat.

Die Besserung in der Berichtszeit ist im wesentlichen in den Außenberufen zu verzeichnen, die durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung eine wichtige Stütze erhielten; die Entwicklung in den übrigen Berufen war uneinheitlich. Die Entlastung hat sich jedoch nicht in der gleichen Stärke wie in der zweiten Märzhälfte durchgesetzt. Dies wird darauf zurückzuführen sein, daß erfahrungsgemäß kurz vor den Osterfeiertagen Neueinstellungen von Arbeitskräften zurückgestellt werden. Außerdem sind die Abgänge in Arbeit durch Neuzugänge vielfach überdeckt. So sind zum Apriltermin eine große Anzahl Jugendlicher nach Beendigung ihrer Lehre, besonders aus den Angestelltenberufen, zur Entlassung gekommen. Auch zu Ostern Schulentlassene erhöhten, soweit sie keine Stelle gefunden haben, das Arbeitsangebot.

Stärker als die Zahl der Arbeitslosen überhaupt ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zurück. Der Abgang betrug hier 148 000 oder 6,9 Prozent.

Die aus Mitteln der Reichsanstalt geförderten Notstandsarbeiten sind in verstärktem Ausmaße in Angriff genommen worden. Die Zahl der hierbei beschäftigten Notstandsarbeiter betrug Ende März 88 000, eine weitere Zunahme ist inzwischen eingetreten.

Regierungsumbildung in Braunschweig.

Zu Zusammenhang mit der Statthalter-Ernennung.

Der braunschweigische Innenminister Klagges und der Landtagspräsident Zörner weilen zur Zeit in Berlin, um Besprechungen in der Statthalterfrage zu führen. Als Statthalter für das Land Braunschweig soll Hauptmann a. D. Loeper in Frage kommen.

Ob mit seiner Ernennung auch eine Änderung des braunschweigischen Staatsministeriums verbunden sein wird, läßt sich im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Mit einem Ausscheiden des bisherigen Ministers Dr. Küchenthal dürfte jedoch in absehbarer Zeit zu rechnen sein.

Für nationalsozialistische Landwirtschaftspolitik.

Eine Entschließung der Landwirtschaftskammer Ostpreußen.

Auf der Vollsitzung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen wurde von den nationalsozialistischen Mitgliedern der Kammer eine Entschließung angenommen, in der es nach einer Vertrauensbekundung für Reichskanzler Hitler u. a. heißt:

„Die Lage der Landwirtschaft gebietet, mit aller Offenheit dem Reichskanzler die schwere Beunruhigung zur Kenntnis zu bringen, welche die Landwirtschaft über die bisherige Politik des Reichsernährungsministers und dessen Staatssekretäre erfüllt. Ostpreußens Bauern bitten daher den Herrn Reichskanzler, dafür Sorge zu tragen, daß die notwendige vollständige Abkehr von der bisherigen liberalistisch-unbäuerlichen zur sozialistisch-bäuerlichen Wirtschaftspolitik zur Tat wird. Das kann nur geschehen, wenn Männer nationalsozialistischer Prägung die Führung auch auf diesem lebenswichtigen Gebiet übernehmen."

Der Antragsteller, der das nationale Wollen des Reichsernährungsministeriums ausdrücklich anerkennt, begründet die Entschließung u. a. mit der Stagnation der Entschuldung. Dazu erklärte der Fraktionsführer des Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen, Strüvy, daß er aus bester Kenntnis wisse, daß diese Stagnation nicht durch das Reichsernährungsministerium hervorgerufen worden sei und daß daher seine Fraktion der Entschließung nicht zustimmen könne.

Die Entschließung wurde darauf mit den nationalsozialistischen Stimmen angenommen.

*

Der Nassauische Landbund bittet in einem an den Reichspräsidenten gerichteten Telegramm um Berufung des Bauernführers Darré als Reichsernährungsminister.

*

Falsche Gerüchte über Staatssekretär v. Rohr.

Die deutschnationale Preußenfraktion stellt richtig.

Die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtages teilt mit: „An einigen nationalsozialistischen Zei-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF